

22. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Jülich vom 06.12.2013

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. Seite 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV. NRW. Seite 436) und der §§ 4, 6, 7, 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes vom 21.10.1969 (GV. NRW. Seite 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW. Seite 674) in Verbindung mit § 21 der Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Jülich vom 07.12.2012 hat der Rat der Stadt Jülich in seiner Sitzung am 05.12.2013 folgende 22. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Jülich vom 27.01.1993 beschlossen:

Artikel I

§ 4 erhält folgende Fassung:

(1) Die Müllabfuhrgebühr beträgt

für jeden 60-l-Restabfallbehälter	102,24 € jährlich
für jeden 80-l-Restabfallbehälter	122,76 € jährlich
für jeden 120-l-Restabfallbehälter	162,96 € jährlich
für jeden 240-l-Restabfallbehälter	296,64 € jährlich
für jeden 1,1-cbm-Restabfallbehälter bei wöchentlicher Leerung	2.606,40 € jährlich
für jeden 1,1-cbm-Restabfallbehälter bei 14-täglicher Leerung	1.308,00 € jährlich
für jeden 120-l-Bioabfallbehälter	63,00 € jährlich
für jeden 240-l-Bioabfallbehälter	97,92 € jährlich.

(2) Die Gebühr für den Beistellsack beträgt 4,90 €.

(3) Die Gebühr für den Umtausch eines Abfallbehälters beträgt 27,50 €.

Artikel II Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2014 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen -GO NRW- gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Veröffentlichung dieser Satzung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

- b) die Satzung oder die sonstige ortsrechtliche Bestimmung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet,
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Jülich vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Jülich, den 06.12.2013

Stadt Jülich
Der Bürgermeister

Stommel